

Dutertismo – Aufstieg des populistischen Autoritarismus – Teil II

Von Lilli Breininger

April 2018

In den Philippinen zeichnen sich in der Regierung seit dem Amtsantritt von R. Duterte immer mehr populistische und autoritäre Züge ab. Welche Auswirkungen hat das auf die Gesellschaft? Wie reagiert die Zivilgesellschaft auf den Dutertismo?

Ein Nährboden für Frustration

Seit dem Wirtschaftsrückgang und der Herrschaft des Diktators Ferdinand Marcos in den 1970er und 1980er Jahren haben die herrschenden Eliten begonnen repressive Maßnahmen und strukturelle Anpassungen vorzunehmen, um kommunistische Bewegungen und radikale Kräfte einzudämmen. Eine exportorientierte Wirtschaftspolitik sorgte für bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen und weniger Sicherheiten für Arbeiter*innen. Es wurde strukturell der Export von Arbeitskräften, den sogenannten *Oversea Filipino Workers* (OFWs), gefördert. Diese neoliberale Politik führte nicht nur zur Inhaftierung vieler widerständiger Arbeiter*innen, sondern auch zur langsamen Auflösung von Arbeiter*innen-Organisationen. In den frühen 1980er Jahren waren rund 30 Prozent der Arbeiter*innen Mitglied in einer Gewerkschaft. Im Jahr 2014 gehören weniger als zehn Prozent der Arbeiter*innen einer Gewerkschaft an. Auch linke Bewegungen kämpfen mit

Herausforderungen. Viele Organisationen spezialisieren sich auf ein Themengebiet, dabei bleibt eine gemeinsame Strategie auf der Strecke. Im letzten Wahlkampf schlossen sich die zwei linken Lager jeweils mit rivalisierenden Eliteparteien zusammen. Darüber hinaus wirken Schikanen, Anklagen und Morde an linken Aktivist*innen nicht nur einschüchternd, sondern bestätigen auch das Klima der Straflosigkeit.

Die politischen Eliten, die nach Marcos das Land regierten, führten im Grunde seine Agenda fort. Die Philippinen sind eines der Staaten mit der höchsten Ungleichverteilung. Während Luxuswohnungen, Shopping Malls und Call Center in Manila aus dem Boden sprießen, wachsen auch die Ansiedlungen der städtischen Armen. Zwischen 1978 und 2013 hat sich das Bruttoinlandsprodukt des Landes vervierfacht, der durchschnittliche Lohn ist dabei fast gleich geblieben. Im Jahr 2016 war einer von vier Personen arbeitslos und über zehn Pro-

zent der Haushalte erfahren schwerwiegenden bis mäßigen Hunger. Ein Großteil der Bevölkerung ist frustriert über die unsicheren Arbeitsplätze, eine fehlende soziale Absicherung, niedrige Löhne in Kombination mit einer all durchdringenden Korruptionskultur, strukturelle Ungleichheit und die führende Rolle der *trapos* (traditional politicians). Ein Großteil der Bevölkerung sehnt sich nach einem radikalen Wandel.

Schließlich ist es längst philippinische Praxis, dass nach dem Wahlkampf ein Großteil der Politiker*innen zur herrschenden Partei wechselt. So findet auch Duterte im Senat und im Repräsentantenhaus (s)eine über 80-prozentige Mehrheit wieder.

Eine Strategie – die Sündenböcke

Duterte stieß auf offene Ohren, als er während des Wahlkampfs mit seiner platten Rhetorik Bürgernähe vermittelte sowie radikale und progressive Reformen versprach. Er stellte sich als Mann des Volkes dar und prangerte gegen Machteliten, obwohl er selbst diese Macht ausübte und Teil einer Elite ist – nicht in Manila, sondern in Mindanao. Mit seinem scheinbar unpolitischen Auftreten beruft er sich auf einen »gesunden Menschenverstand«, der sich stark nach seinen eigenen Vorstellungen richtet. Er polarisiert die Gesellschaft, indem er Sündenböcke ausfindig macht – wie zum Beispiel Menschen, die mit Drogen hantieren. Diese allein seien laut Duterte für die Armut und die Kriminalität im Land verantwortlich, daher seien sie keine Menschen, sondern »Untermenschen« (*subhumans*), ihnen sollen jegliche Rechte abgesprochen werden. Diese unfundierten Argumente scheinen den »gesunden Menschenverstand« des Mainstream so prägen zu können, dass selbst das Töten von angeblichen Drogenabhängigen als Erfolg gefeiert wird. Die Stadt Davao wird gerne als sein Vorzeigebispiel genutzt, viele übersehen jedoch, dass die Kriminalitätsrate Davaos die viertgrößte des Landes ist. Ähnlich wie in Davao ist es nur augenscheinlich ein Krieg gegen Drogen, in Realität zeigt sich vielmehr ein Krieg gegen Arme (und Andersdenkende).

Filipin@s legen großen Wert auf ihr Ansehen im öffentlichen Raum. Lautstarke Kritiker*innen werden häufig in der Öffentlichkeit von Duterte diskreditiert und das nicht nur aufgrund ihrer Haltung, sondern persönlicher Eigenschaften – oder wie im Falle Leila de Limas: wegen angeblicher persönlicher Beziehungen. Dies ist besonders wirksam, um das öffentliche Meinungsbild zu beeinflussen und weitere Kritiker*innen zu warnen: Euch kann es genauso ergehen! Dies gilt auch für Behörden oder Medien, wie der Fall der Nachrichtenagentur Rappler zeigt. Meinungsfreiheit wird offiziell befürwortet, aber kritische Stimmen können nicht geduldet werden. Alle Dissident*innen laufen Gefahr als ein Sündenbock gebrandmarkt zu werden.

Im Zeitalter der sozialen Medien

Dieser Art von Einschüchterung sind keine Grenzen gesetzt. Eine Praxis, die vorher nicht im Mainstream verbreitet war: (Mord-)Drohungen und Belästigungen gegenüber kritischen Stimmen in den sozialen Medien, in Foren oder anderen öffentlichen Räumen, sowie Hassnachrichten bis hin zum *hacking* von privaten Konten. Viele Kommentare wurden von den sogenannten »*Online Trolls*« oder »*Dutertes Cyber Warriors*« verfasst. So wurde zum Beispiel die Facebook-Seite des Internationalen Gerichtshofes lahmgelegt, nachdem dieser verkündete, eine Untersuchung Dutertes aufgrund von Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzuleiten. Viele Menschenrechtsaktivist*innen, Journalist*innen und Engagierte müssen sich tagtäglich diesen Schikanen stellen. Feindbilder und Sündenböcke werden von der herrschenden Regierung oder deren Anhänger*innen teilweise willkürlich als solche identifiziert. Der Raum für möglichen Meinungsaustausch wird immer eingeschränkter, das schwarz-weiß Denken gewinnt mit einem »entweder dafür oder dagegen« an öffentlicher Zustimmung. Im philippinischen Kontext ist dies sehr auf die Person Duterte zugespielt. Als Duterte-tard (Anhänger*in) gehört es sich nicht, ihn oder auch nur Teile seiner Politik zu kritisieren. Dutertes gewaltverherrlichende Rhetorik trägt auch seinen Teil dazu bei. Diese strukturierte Unterdrü-

ckung von Kritiker*innen kann Duterte nicht alleine aufrechterhalten. Doch sei es sein Pressesprecher (und ehemaliger Menschenrechtsanwalt) Harry Roque, Justizminister und Klassenkamerad Vitaliano Aquirre oder Verteidigungsminister und Kindheitsfreund Delfin Lorenzana, sie alle vertreten Dutertes Moralverständnis in der Öffentlichkeit und verteidigen höchst loyal alle seine Aussagen, seien sie noch so provokativ oder politisch unkorrekt. Dies gilt auch für die Bloggerin Mocha Uson, die Duterte zur Assistenzsekretärin des offiziellen Pressesekretariats des Präsidenten (*Presidential Communications Operations Office, PCOO*) ernannte. Sie ist dafür bekannt *fake news* zu verbreiten – zum Beispiel teilt sie Aufsehen erregende Fotos aus Brasilien oder Honduras und verknüpft sie mit philippinischem Tagesgeschehen oder verbreitet erfolgreich Gerüchte über Duterte-kritische Senator*innen. Sie hat 5,4 Mio. Follower*innen, die sie auch Ka-DDS nennt (statt *Davao Death Squad* bedeutet DDS hier *Duterte Die-hard Supporter*). Zum Vergleich: Die größte philippinische Zeitung, der *Philippine Daily Inquirer*, hat eine Million Leser*innen. In den sozialen Medien sind die »*Duterte Trolls*« stark vertreten, sie kopieren Mocha Uson und bedienen sich dem Werkzeug der *fake news*. Diese entwickeln dann unter nicht informierten Leser*innen eine Eigendynamik. »Die Nachrichtenaufnahme der meisten Filipin@s ist sehr eingeschränkt. Sie erfolgt im Wesentlichen über die sozialen Medien, wie Facebook, wo oft nur die reißerischen Überschriften gelesen werden. Das macht sie anfällig für gezielte Desinformationskampagnen der Regierung«, so Nymia Pimentel der Menschenrechtsorganisation Phil-Rights.¹

Kämpfen für den Frieden?

Während zu Beginn von Dutertes Amtszeit die kommunistische Linke eher Freund als Feind war, wandelte sich das Verhältnis nach der Beendigung der Friedensgespräche im Herbst 2017 radikal. Nun werden der kommunistische Dachverband sowie die kommunistischen Rebellen als Terrororganisationen eingestuft und bekämpft. Dies führt auch zu dem sogenannten *red-labelling* von linken Aktivist*innen, Engagierten und Indigenen. Duterte verschärfte zu-



dem die Situation, indem er den Lumad, den Indigenen Mindanaos, ein Kopfgeld für getötete NPA-Rebellen bot oder sie im Zuge paramilitärischer Rekrutierung »unterstützt«. Gleichzeitig steigen seit Herbst 2017 die Einschüchterungen und die Mordfälle gegenüber linken Zivilist*innen an. Das Klima der Straflosigkeit wird gnadenlos ausgereizt.

Radikale, islamistische Gruppierungen wie die Abu Sayyaf (und nun die Maute-Gruppe) wurden schon während der Amtszeit von Marcos als Terroristen bekämpft. Die *Autonomous Region in Muslim Mindanao (ARMM)*, eine Region mit einer sehr hohen Waffendichte und der höchsten Armutsrate des Landes, beherbergt viele Interessengruppen sowie viele komplexe Konfliktlinien und schließt Akteure mit ein, die sich mehrerer Bezugs- und Identitätsgruppen zugehörig fühlen. Hinter der großen Zustimmung für Duterte in Mindanao verbirgt sich auch die Ansicht, dass gerade ein Landsmann wie Digong für den jahrzehnte-langen Konflikt(e) Verständnis hat. Zumindest bringt der im Senat vorliegende Gesetzesentwurf, das *Bangsamoro Basic Law (BBL)*, ein wenig Hoffnung auf Frieden. Mit ihrer Politik versäumt die Duterte-Regierung jedoch eine eingehende Konfliktanalyse zugunsten bloßer Schuldzuweisung an äußere Kräfte und präsentiert neben den Gesprächen mit der Moro Islamic Liberation Front die Reaktion: Aufrüstung. In der zerbombten Stadt Marawi soll nun ein Militärcamp entstehen. Die Erhöhung der Gehälter von Uniformierten des öffentlichen Dienstes wie der Polizei, des Militärs

Wie wird wohl die nächste Generation mit Gewalt umgehen? Ein Junge hält eine Spielzeugwaffe auf einem Markt- platz.

Foto: Lilli Breininger



Ein Polizist in Maasin, Samar. Seit Dutertes Amtszeit hat sich das Bild der Polizei in den Philippinen radikal gewandelt.

Foto: Lilli Breining

und z. B. der Gefängniswärter*innen ab Januar 2018 betont wiederum die Prioritäten der Regierung. Die Ansicht, dass Krieg zu Frieden führt, gehört auch zum propagierten Moralverständnis Dutertes.

Alles nur Fassade

Die bereits erwähnte Farbenlehre Dutertes (s. Teil I) zeigt, dass sich hinter der eisernen Faust ein Opportunist verbirgt, der mit einer eher dünnen Ideologie herrscht. Obwohl er noch im Wahlkampf die Ressourcen und Unterstützung vieler linken Bewegungen genoss, spielt er jüngst etliche Ministerposten dem Militär zu.

Das Verständnis für Recht und Ordnung (*law and order*) ist an Dutertes Moralverständnis angelehnt und steht in keinerlei Zusammenhang mit dem Justizwesen. So scheint die Bekämpfung der Sündenböcke eine standhafte Legitimierung für den Einsatz von Gewaltmitteln zu sein. Die Opfer des Drogenkrieges sind zum Großteil städtische Arme. Der erkorene Mann des Volkes führt so einen Krieg gegen die ärmsten, schwächsten und verletzlichsten Menschen der philippinischen Gesellschaft. Weder gegenüber der Arbeiter*innenbewegung noch gegenüber Umweltschützer*innen konnte Duterte seine Wahlversprechen einhalten – ganz abgesehen von dem Kampf gegen

die Korruption und gegen die Vetternwirtschaft. In der Tat wird seinem Sohn Paolo Duterte die Verwicklung in einen Drogenschmuggel im Wert von 6,4 Milliarden Peso vorgeworfen. Dies ist zumindest ein Grund für seinen Rücktritt aus dem Amt des Vizebürgermeisters von Davao City.

Auf internationaler Ebene legitimiert der Duterte seine Unantastbarkeit mit dem Schutzmantel der nationalen Souveränität. Dutertes Rhetorik und seine öffentlichen Auftritte bestärken die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der philippinischen Nation. In einer kolonial geprägten Gesellschaft trifft dies auf großen Zuspruch. De facto machte Duterte jedoch schon in seinem ersten Amtsjahr doppelt so viele Auslandsreisen wie alle Präsident*innen vor ihm – insbesondere mehrere nach China und Russland. Obwohl die Philippinen nach internationalem Recht die Hoheitsgewalt über die Westphilippinische See innehaben, gewährt er Chinas Militärpräsenz. Während eine solche Doppelmoral bei den Vorgänger-Regierungen innerhalb des ersten Jahres auch vom Großteil der Bevölkerung durchschaut und kritisiert wurde, werden die vom Duterte propagierten Ansichten weiterhin für bare Münze genommen. Zumindest erscheint die Zustimmungsrate mit 78 Prozent immer noch sehr hoch.

Insbesondere kritische Stimmen in einflussreichen Positionen sind der Regierung noch ein Dorn im Auge. So wurde eine Amtsenthebungsklage gegen die Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes, Maria Lourdes Sereno – wieder eine Frau wohlbemerkt – eingereicht. Ähnlich wie im Fall von Rappler oder Leila de Lima wird hier wieder ein Exempel statuiert: »Wir sind an der Macht, *euch* kann es auch so ergehen.«

Das Statuieren von Exempel nutzt Duterte auch für »gute« Taten. Wie etwa die Verteilung von Ländereien Aquinos als Vorzeigebispiel für die Landreform oder die Erlaubnis der Besetzung einer Sozialwohnungssiedlung als Hilfe für städtische Arme. Diese Fälle berührten die Wirtschaftsinteressen der regierenden Elite nicht, sie führten aber auch keinen strukturellen Wandel herbei. Die zunehmenden autoritären Taktiken der herrschenden Elite sind ein Zeichen für fehlenden Zuspruch innerhalb der Basisbewegungen.

Shrinking Spaces

Die Einschränkung des Handlungsspielraumes für die Zivilgesellschaft, auch *shrinking spaces* genannt, ist ein globales Phänomen. Dennoch gibt es im Zuge des Duterteismo neue Herausforderungen. Das Klima der Straflosigkeit ist für viele Engagierte ein lebensbedrohliches Risiko. Politisches Engagement wird buchstäblich immer gefährlicher. Während die Vorgängerregierungen offiziell die Menschenrechte achteten, fordert Duterte nun die standesrechtliche Hinrichtung von Rebellen sowie die sexuelle Verstümmelung weiblicher Rebellen. Ebenso strebt er nach der Wiedereinführung der Todesstrafe (um den derzeitigen Drogenkrieg zu legalisieren) und nach der Absenkung des Strafmündigkeitsalters auf neun Jahre. Im September 2017 drohte das Parlament damit, das jährliche Budget der nationalen Menschenrechtskommission auf 16,40 Euro zu senken. Dies konnte jedoch durch nationalen und internationalen Druck verhindert werden. Das Netzwerk CIVICUS stuft den Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft in den Philippinen als »beschränkt« ein.²

Nicht nur Engagierte auch viele Indigene stehen zwischen den Fronten – der kommunistischen Rebellen und des Militärs oder zwischen privaten Unternehmen und ihrem Anrecht auf Land. Indigene Organisationen berichten von mindestens 62 illegalen Inhaftierungen, 21 politischen Gefangenen, 20 Vertreibungen mit etwa 22.000 Flüchtlingen, über einhundert Fällen erdichteter Anklagen und der Schließung von 34 indigenen Schulen in Mindanao zwischen Juli 2016 und Dezember 2017.

Hinzu kommen nun die Praktiken des Drogenkrieges: die Erstellung von schwarzen Listen (durch Polizei und Militär) und das Morden durch selbst ernannte Bürgerwehren. Eine Petition des Justizministeriums soll die Einstufung der kommunistischen Linken als Terrororganisation rechtlich untermauern. Der Petition ist eine Liste mit 461 Namen und 188 Aliasnamen angehängt, die Namen sollen nach dem *Human Security Act* nun für mutmaßliche Terrorist*innen stehen. Davon betroffen ist nicht nur Jose Maria Sison und der kommunistischen Linken nahestehende Personen, sondern auch etliche Zivilist*innen, sowie die UN-Sonderbericht-



statterin für Indigene Victoria Tauli-Corpuz. Angesichts der fortwährenden Morde liegen die Befürchtungen nahe, dass auch diese Liste ohne weiteres als Abschussliste von staatlichen und nicht-staatlichen Sicherheitskräften genutzt wird.

Der Duterteismo geht noch weiter: die philippinische Regierung möchte nun die Verbindungen zum Ausland genau prüfen, auch von philippinischen NGOs. Die finanzielle Förderung aus dem Ausland wird kritisch betrachtet oder gar verboten, wie im Falle von Rappler. Dem Kongress wurde ein Gesetzesentwurf vorgelegt, der die elektronische oder mechanische Überwachung von »ausländischen Entitäten«, darunter auch (ausländische) NGOs, erlauben soll. Ganz nach dem amerikanischen Überwachungsgesetz (*Foreign Intelligence Surveillance Act*) strebt auch dieser Entwurf danach »die nationale Sicherheit zu erhöhen und philippinische Interessen zu sichern«. In der engagierten philippinischen Zivilgesellschaft spielen Zuschüsse aus dem Ausland eine substanzielle Rolle. Eine Einschränkung dieser Ressourcen wäre für viele NGOs fatal und insbesondere dort spürbar, wo sie die sozialen und gesundheitlichen Dienste des Staates ersetzen.

Eine weitere Einschränkung bürgerlicher Rechte ist auch das bis Ende 2018 andauernde Kriegsrecht in Mindanao. Bürgermeisterin von Davao City, Sara Duterte, rief ein Verbot für Pro-

Der Straßenausbau im Süden Mindanaos im Zuge des Infrastrukturprogrammes »Build, Build, Build« ist eine gelungene Maßnahme der Regierung, um bei der lokalen Bevölkerung einen guten Eindruck zu hinterlassen.
Foto: Lilli Breininger

teste aus. Nachdem im Marawi-Krieg über 500 Menschen getötet und über 500.000 vertrieben wurden, gibt die Geltung des Kriegsrechts dem Militär weiterhin weitreichende Befugnisse, wie etwa Menschen ohne richterlichen Beschluss festzunehmen, Räumlichkeiten zu durchsuchen, Ausgangssperren zu verhängen. Viele Bewohner*innen der Insel unterstützen das Militär mit dem Glauben, solange sie »sich benehmen«, sind sie sicher. Ihr Alltag wird nur geringfügig davon beeinflusst. Dennoch wurden über ein Dutzend Aktivist*innen und Indigene allein im Dezember 2017 in Mindanao ermordet. Die scharfe Kritik der Gruppe *Konsensya Dabaw* fordert nicht nur ein Ende des Kriegsrechtes, sondern weist auch auf die Einschränkung bürgerlicher Rechte hin und äußert die naheliegende Befürchtung, dass vermehrte Gewalt ein Nährboden für Extremisten sei.

Schikanen und statuierte Exempel an kritischen Stimmen schüchtern Menschen ein, überhaupt eine eigene Meinung in der Öffentlichkeit preiszugeben, sei es in der eigenen Familie oder auf Facebook. Dennoch reagiert auch die philippinische Zivilgesellschaft auf die neuen Herausforderungen des Duterte-Regimes. Proteste mit Graswurzelbewegungen und einer großen Opposition zeigten sich am 45. Jahrestag von Marcos' Kriegsrechts-Verkündung, am Nationalen Tag der Proteste am 21. September sowie am Gedenktag der *People Power Revolution* im Februar. Bemerkenswert war auch die Vertretung von Jugendbewegungen und Student*innen. Historiker wie Karl Gaspar hoffen auf einen sogenannten *youth quake*, ähnlich wie in den USA oder während der Marcos-Zeit, wo die kritische Jugend die derzeitige Politik durch die Präsenz einer breiten Jugend- und Studierendenbewegung herausfordert und in Frage stellt.

Darüber hinaus formierten sich neue Allianzen und Initiativen. Code NGO, eine Plattform mit über 1.600 zivilgesellschaftlichen Organisationen, veröffentlichte eine Stellungnahme gegen die geplante Wiedereinführung der Todesstrafe. Als Antwort auf die geschätzten 7.000 bis 18.000 außergerichtlichen Hinrichtungen im Zuge des Drogenkrieges gründeten 30 Menschenrechtsgruppen das Bündnis *iDefend (In Defense of Human Rights and Dignity Movement)*, um Fälle zu dokumentieren und betroffene Familien zu unterstützen. Mit diesen Zielen

gründete sich auch die Organisation *Rise Up*, die sich aus kirchlichen und nicht-kirchlichen Mitgliedern zusammensetzt. Die Betreuung von Opfern und Hinterbliebenen des Drogenkrieges ist insbesondere in der Hauptstadtregion Manila eine wichtige Aufgabe. Während die protestantische Kirche zu Beginn von Dutertes Amtszeit schon öffentlich Kritik an den Tötungen äußerte, trat die katholische Kirche erst einige Monate später geschlossen gegen die Morde im Drogenkrieg und die Todesstrafe ein. Im Herbst 2016 entstand das *Network Against Killings*, das sich für Menschenrechte ausspricht und gegen Tötungen sowie gegen ein Klima der Straflosigkeit. Seitdem Duterte »Menschenrechte« als Schimpfwort benutzt, hat sich die Bildungsarbeit und Aufklärung über bürgerliche Rechte für NGOs deutlich erschwert. Im Zeitalter der *fake news* ist es umso wichtiger Bürger*innen den universellen Geltungsanspruch der Menschenrechte und eine politische Debatte näher zu bringen. Die Organisation PhilRights hat eine App entwickelt, um auch betroffenen Familien in entlegenen Gebieten die Möglichkeit zu geben, um Fälle publik zu machen. Menschenrechtsnetzwerke oder das Netzwerk von Anwalt*innen *National Union of Peoples' Lawyer (NUPL)* bieten Unterstützung bei der Erstattung von Anzeigen.

Verschiedene Stellungnahmen, Solidarität sowie internationale Aufmerksamkeit für die Situation in den Philippinen unterstützen die Arbeit der lokalen NGOs vor Ort.

Welche politischen Alternativen gibt es?

Die Spaltung der Linken in zwei Lager - radikal und gemäßigt - ist weiterhin präsent, jedoch im Hinblick auf die Herausforderungen zweitrangig. Joshua Makalintal unterscheidet nun drei große Blöcke innerhalb der philippinischen Linken. Ein Block bildet die maoistische und traditionell militante Linke, die Menschen, die der *Communist Party of the Philippines (CPP)* nahestehen, zusammenbringt. Ihre Ziele hin zu einer kommunistisch organisierten Gesellschaft verfolgen sie im offenen Kampf, durch die Mobilisierung von Graswurzelbewegungen und auch taktischen Bündnissen. Während der Wahlkampa-

gne Duterte und während der ersten Monate seiner Amtszeit vertrauten sie in die Friedensgespräche und Zusammenarbeit mit Duterte und unterstützen seine Politik. Dies wandelte sich jedoch im Herbst 2017 radikal, als Duterte die CPP als Terrororganisation einstufte und die Friedensgespräche abbrachen. Eine große kritische Bewegung, *Movement Against Tyranny* (MAT), formte sich während Duterte unter diesem Block.

Der zweite Block ist ebenfalls eine breite Koalition und nennt sich *Rise Up Philippines* (*Tindig Pilipinas*). Dieser setzt sich zusammen aus Mitgliedern der oppositionellen Minderheit im Kongress, Anhänger*innen der *Liberal Party*, *Akbayan*, sowie der *Magdalo*-Gruppe, die von Duterteres Kritiker Antonio Trillanes angeführt wird. Seit der Gründung von Akbayan in den 1990er Jahren ist die Partei zu einer führenden Stimme für progressive Gesetzgebung geworden und in beiden Häusern des Kongresses vertreten. Seit der Aquino-Regierung ging Akbayan ein taktisches Bündnis mit der liberalen Partei ein – ein großer Kritikpunkt, da diese Strategie die elitären Kräfte wieder etabliert. Dennoch ist Akbayan eine wichtige und kritische Stimme in der Legislative.

Der dritte Block besteht aus den Sozialdemokrat*innen, die sich von anderen Organisationen abkapselten. Sie waren während den Wahlen 2016 nicht sehr präsent, aber dies änderte sich mit der Gründung von *Laba ng Masa* (oder Kampf der Massen), einer Koalition aus sozialistisch orientierten Gruppen, die schon seit Beginn von Duterteres Amtszeit hege Kritik üben. Vorsitzender Walden Bello, Wissenschaftler und Aktivist, stellte sich 2016 auch als unabhängiger Senatorenkandidat auf, leider nicht erfolgreich. Bello betont demokratische Werte und soziale Gerechtigkeit und sieht eine Zukunft jenseits des Kapitalismus. Unter den drei Blöcken hält er die moralische Messlatte sehr hoch, doch leider fehlt es ihm an politischen Ressourcen.

Die sukzessive Wiederkehr der Marcos Dynastie und die 2016 knapp verlorene Vizepräsidentenschaftswahl von Bongbong Marcos ist ein erschreckendes Resultat der Elite-Politik. Auch Duterte möchte seine politische Macht erhalten. Im Jahr 2016 wurde dahingehend die Jugendbewegung *Kilusang Pagbago* (Bewegung für



den Wandel) gegründet, eine eher rechte Gruppierung, die das Moralverständnis Duterteres verbreiten und zur »Befreiung der Filipin@s« beitragen soll. Da die breite Unterstützung Duterteres auch im Hinblick auf die strittige Verfassungsreform nun jedoch bröckelt, widmet er sich seiner radikalen Rhetorik und möchte den Wandel so schnell wie möglich herbeiführen.

*Ein Indigener in Mindanao – viele Indigene stehen zwischen den Fronten.
Foto: Lilli Breininger*

Ob sich die Oppositionsgruppen auf eine mögliche Amtsenthebung Duterteres einigen könnten, ist unklar. Klar ist jedoch, dass nur ein taktisches Bündnis der drei Blöcke eine nachhaltige Veränderung der politischen Agenda einleiten könnte. Ein progressiver Pluralismus und eine bestimmte Offenheit aller drei Koalitionen sind gefragt. Dabei sollten der bewaffnete Kampf und die Etablierung elitärer Strukturen deutlich eingeschränkt werden. Vielmehr sollte die multi-sektorale Zusammenarbeit und die Vernetzung der drei Blöcke gefördert werden. So ist es eine tägliche Herausforderung sich im Zeitalter des Populismus hinreichend zu informieren, friedliche Strategien zu entwickeln und den Kampf für soziale Gerechtigkeit voranzutreiben.

Endnoten

- 1 Zitiert aus Brot für die Welt (Hrsg.): »Atlas der Zivilgesellschaft. Zivilgesellschaft, Report zur weltweiten Lage«, S. 52, 2018.
- 2 Ebd. S. 49, 2018.

Quellen

Inquirer: Duterte's cabinet members. <http://www.inquirer.net/duterte/cabinet>, 21.3.2018

Inquirer: Duterte's trust rating back to excellent. <http://newsinfo.inquirer.net/959538/dutertes-trust-rating-back-to-excellent-sws>, 21.3.2018

Gesetzesentwurf: House Bill No. 7111. http://www.congress.gov.ph/legisdocs/basic_17/HB07111.pdf, zuletzt angesehen 21.3.2018

Rappler: Philippines seeks terrorist tag for Joma Sison, 648 others. <https://www.rappler.com/nation/197764-philippines-terrorist-tag-communist-rebels>, 21.3.2018

Makalintal, Joshua: The challenges of building a united resistance in Duterte's Philippines. In *Waging Non-Violence*: <https://wagingnonviolence.org/feature/united-resistance-duterte-philippines/>, 14.3.2018



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein das **philippinenbüro e.V.** verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des



und von



Gefördert aus Mitteln des
Evangelisch Kirchlichen Entwicklungsdienstes

Die Autorin

Lilli Breininger, ist Ethnologin und befasst sich seit vielen Jahren eingehend mit den Philippinen. Sie ist derzeit Geschäftsführerin des **philippinenbüro e.V.**

Impressum

V. i. S. d. P.:

Lilli Breininger | **philippinenbüro e.V.**

Hohenzollernring 52 | 50672 Köln | Germany

Tel.: 0221–71 61 21–0

Email: philippinenbuero@asienhaus.de

Web: <http://www.philippinenbuero.de>

Gesamtausstattung:

Klartext Medienwerkstatt GmbH

(<http://www.k-mw.de>)